

Stephan Weil
Odeonstr.15/16
30159 Hannover

Herrn Ministerpräsident
David McAllister
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstr. 2
30169 Hannover

Stefan Wenzel
H.-W.-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Hannover, 30. November
2012

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit Interesse haben wir Ihre Ausführungen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom (gestrigen) Donnerstag zur Kenntnis genommen, die eine wesentliche Veränderung Ihrer Haltung zur Endlagersuche deutlich machen. Wir begrüßen diesen Sinneswandel und sehen nunmehr die Chance zu einem gemeinsamen, Partei übergreifenden Vorgehen in Niedersachsen auf folgender Grundlage:

1.

Niedersachsen hält Gorleben als Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle für ungeeignet.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie sich dieser Position von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angeschlossen haben.

2.

Niedersachsen hält es für unabdingbar, Atommüll rückholbar zu lagern.

Rückholbarkeit für einen langen Zeitraum ist unabdingbar. In diesem Zusammenhang bitten wir Sie, auf die CDU-Landtagsfraktion einzuwirken, die erst am Montag dieser Woche bei der Sitzung des Umweltausschusses des Niedersächsischen Landtages einen entsprechenden Antrag abgelehnt hatte.

3.

Niedersachsen ist bereit, sich an einer neuen Standortsuche zu beteiligen, wenn hierzu auch die anderen Bundesländer bereit sind.

Wir können nicht mehr länger hinnehmen, dass sich die Lagerung von Atommüll in Niedersachsen konzentriert, während die Nutzung der Atomenergie vor allem in Süddeutschland stattfindet.

4.

Niedersachsen verlangt eine Neubewertung der Sicherheitsanforderungen für die Lagerung von hochradioaktivem Müll.

Nach der Havarie der Asse ist dies eine absolut zwingende Konsequenz für die weitere Debatte.

5.

Niedersachsen hält die Einrichtung einer Ethikkommission zur Endlagersuche für notwendig.

40 Jahre lang hat in unserem Bundesland eine erbitterte Auseinandersetzung zu diesem Thema getobt. Es ist an der Zeit, diese Erfahrungen aufzuarbeiten und für einen erfolgreichen Neustart der Endlagersuche zu nutzen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
bitte lassen Sie uns wissen, ob auf dieser Grundlage ein gemeinsames Vorgehen möglich ist. Wir wollen dann gerne mit Ihnen in Gespräche über das weitere Vorgehen – insbesondere gegenüber der Bundesregierung – eintreten.

Mit freundlichen Grüßen


Stephan Weil


Stefan Wenzel